

BLAUER MUT

MIET- PREIS EXPLOSION

Anteil der Mietausgaben am durchschnittlichen Einkommen:

23%

2010

27%

2018

34%

2020 (nur Rentner)

Quellen: www.destatis.de / DIW Wochenbericht Nr. 27/2019, S. 470

Statistische Erhebungen lassen keinen Zweifel aufkommen: Der Anteil der Mietausgaben am verfügbaren Einkommen wächst kontinuierlich und stellt mittlerweile eine übermäßige Belastung für die Mehrheit der deutschen Bürger dar.

Im April erklärte das Bundesverfassungsgericht den Berliner Mietendeckel für nichtig. Da die Gesetzgebungsbefugnis ausschließlich beim Bund liege, sei das Land Berlin nicht berechtigt, einen Sonderweg zu gehen. »Rechtliche Tricks werden das Problem steigender Immobilien- und Mietpreise nicht lösen«, unterstreicht René Aust, sozialpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion. »Das Scheitern der ‚Mietpreisbremse‘ ist typisch für den Politikstil der Altparteien: Zuerst wird durch Ideologiekritik ein Problem geschaffen, dann mit wirkungslosen Mitteln an den Symptomen herumgepfuscht und am Ende scheitert man an der Realität.« Verursacht werden die steigen-

den Preise am Immobilienmarkt vor allem durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank zur »Euro-Rettung«. Mit billigem Geld kaufen internationale Spekulanten und »Vermögensflüchtlinge« aus Südeuropa Immobilien in deutschen Städten. Sie finanzieren ihre Kredite und Gewinne über steigende Mieten. »Wegen des im inter-

nationalen Vergleich geringen Eigenheimanteils in Deutschland werden deutsche Rentner und Familien besonders hart getroffen«, so Aust. »Zudem sind seit dem Jahr 2015 etwa drei Millionen Personen nach Deutschland eingewandert. Die Masseneinwanderung verschärft die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt, auf dem bereits zu-

vor eine Millionen Wohnungen fehlten. So werden die Mieten nach oben getrieben.« Anfang der Neunzigerjahre schafften die Altparteien die Gemeinnützigkeit im kommunalen Wohnungsbau ab. In der Folge erhöhten viele kommunale Wohnungsgesellschaften die Mieten, um öffentliche Haushalte querzufinanzieren. Damals gab es in Deutschland noch fast drei Millionen Sozialwohnungen, 2006 nur etwa zwei Millionen und heute gar nur noch etwa eine Million. »Auch diese Entwicklung haben die Altparteien zu verantworten«, unterstreicht der AfD-Landtagsabgeordnete. »Sie sind nicht der Anwalt der fleißigen und sparsamen

Bürger, sondern deren Untergang!« Gut verdienende Akademiker in den Großstädten und jene Studenten, die es mal werden wollen, werden von Rot-Rot-Grün bevorzugt, der ländliche Raum wird vernachlässigt. Zur Entspannung des Mietmarkts fordert die AfD die Befreiung der Bürger von überbordenden Vorschriften beim Eigenheimbau und eine angemessene Entlastung, damit der Traum von den eigenen vier Wänden Wirklichkeit werden kann. Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus setzt sie sich für eine kostengünstige Bereitstellung von Grundstücken bei entsprechenden Bauvorhaben und für eine Landesförderung ein.

Steigende Mieten treffen Rentner und Familien besonders hart



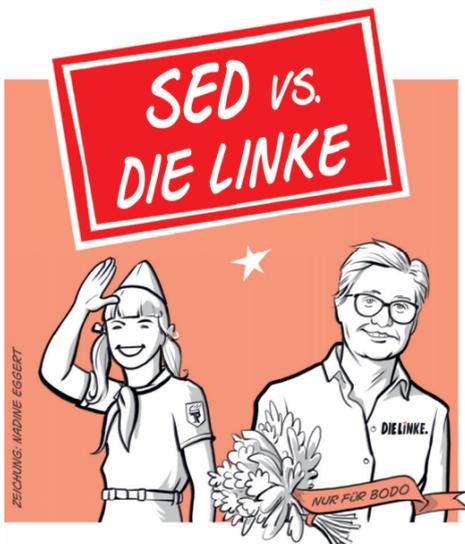
Solidarischer Patriotismus heißt: Land & Leute lieben

Von **Björn Höcke**,
Fraktionsvorsitzender

Wir müssen uns entscheiden: Entweder wir erhalten den Sozialstaat, oder wir lassen Fremde, die niemals einen Beitrag zu unserer Solidargemeinschaft geleistet haben, weiter in ihn einwandern, was ihn zerstören wird. Zwar heißt es immer, Deutschland sei ein »reiches« Land – gemessen am Bruttosozialprodukt mag das auch stimmen. Doch die Lebenswirklichkeit der Mehrheit der Bürger sieht anders aus. Im europäischen

Durchschnitt müssen wir am längsten für unsere Rente arbeiten, wir bekommen den niedrigsten Rentensatz, unser durchschnittliches Nettovermögen ist das niedrigste im ganzen Euroraum und unsere Wohnseigentumsquote liegt etwa 42 Prozent unter der südeuropäischen. Das Sozialsystem ist eine wichtige Errungenschaft des modernen Nationalstaates. Viele halten das für eine Selbstverständlichkeit – aber sein Fort-

bestand ist ernsthaft gefährdet. Immer weniger Leistungsträger halten alles am Laufen. Von 83 Millionen Einwohnern sind bloß noch 15 Millionen Netto-Steuerzahler. Unser Sozialstaat ist so gefährdet wie niemals zuvor. Die Corona-Politik der Altparteien könnte ihm den Rest geben. Wir müssen also Prioritäten setzen. Aus Liebe zu unserem Land und seinen Bürgern fällt mir die Antwort darauf nicht schwer.



MUT

Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke
Bürgerinformation der
AfD-Fraktion im
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Auflage: 800 000 Stück

[f @afd-thl](#)
[www.afd-thl.de](#)
[@afd-landtags-tv](#)

AfD | FRAKTION
THÜRINGEN

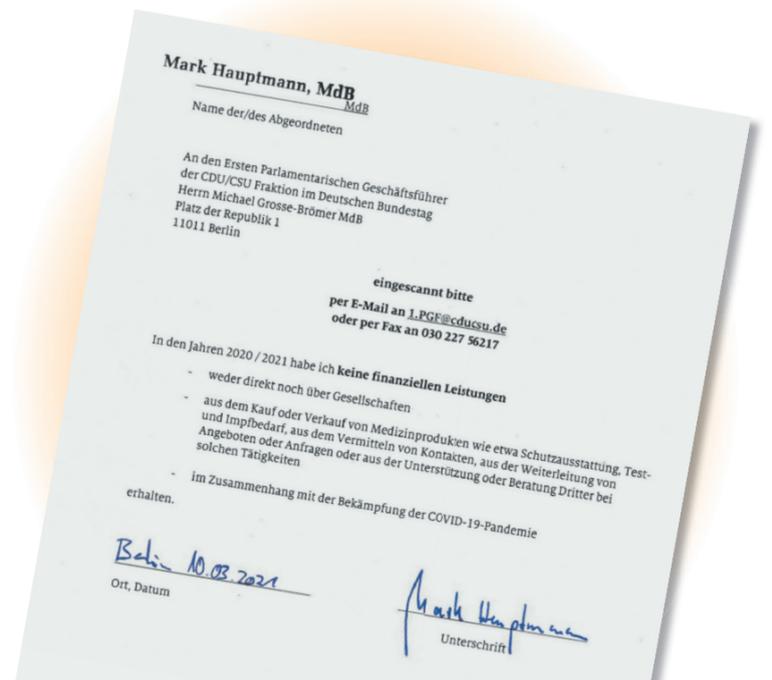
Korruption schreibt man mit »C«

Die Maskenmafia – nur Einzelfälle oder doch die Regel?

Seit Monaten lautet die Botschaft der Bundesregierung an die Bürger: »Verzicht!« Verzicht auf geselliges Beisammensein, auf Kino, Theater und Urlaub – im schlimmsten Fall auch auf die wirtschaftliche Zukunft der eigenen Familie. In diese Verzichts-Appelle platzte die Nachricht wie eine Bombe: Drei Politiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatten sich nicht unerheblich im Zuge der Corona-Krise bereichert. Das Stichwort heißt »Maskenskandal«. Es hat auch deshalb einen üblen Beigeschmack, weil eine der ersten großen Pannen des Corona-Managements durch Jens Spahn die Maskenbeschaffung im Frühjahr 2020 betraf: Während an den heimischen Nähmaschinen der Bür-

ger im Akkord Tausende der damals knappen Masken selbst gefertigt wurden, verpatzte der Gesundheitsminister einen diesbezüglichen Großauftrag. Zwischenhändler blieben auf zu vielen und zu teuren Masken sitzen – Klagen in Millionenhöhe folgten, zu Lasten des Steuerzahlers. Während Jens Spahn es versäumt hatte, die juristischen Fakten im Vorfeld seines Deals zu klären, dürften die Abgeordneten Georg Nüßlein (ehemals CSU) und Nikolas Löbel (ehemals CDU) sehr wohl gewusst haben, dass sie eine rote Linie des Gesetzes überschritten, als sie Provisionen in sechsstelliger Höhe für die Vermittlung von Maskengeschäften kassierten. Immerhin 600.000 Euro soll Nüßlein so verdient haben.

Auch der Thüringer CDU-Abgeordnete Mark Hauptmann nahm von einem Lieferanten eine Spende über 7.000 Euro für seinen Kreisverband entgegen. Zwar traten alle drei Politiker nach Bekanntwerden der Affäre aus der Union aus. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie ihre Stellung als Unionsabgeordnete genutzt haben, um Geschäfte zu machen. Wenn sich Abgeordnete lieber mit Masken-Deals anstatt mit guter Politik befassen, erklärt das wohl auch, warum so viel in der »Corona-Politik« schief läuft. Das sehen viele Menschen im Land so und die Thüringer AfD-Fraktion wird dafür sorgen, dass die Korruption und die Geschäftemacherei in den Reihen der Union nicht in Vergessenheit geraten.



Eine Frage der »Ehre«...

Während die Thüringer Bürger dank der Corona-Maßnahmen die Angst um ihre Zukunft plagt, schaufeln sich CDU-»Volksvertreter« wie Mark Hauptmann aus Südthüringen ungeniert die Taschen voll.

Bin ich ein guter Unions-Politiker?



Filz und Korruption sind seit Jahrzehnten ein Markenzeichen jener Partei, deren »C« im Namen einstmals für die christlichen Werte stehen sollte, die sie zu vertreten vorgab. Der Maskenskandal ist nur die Spitze eines Eisbergs, der unter der Oberfläche sicherlich noch eine hohe Dunkelziffer vermuten lässt.



Hintergrund: Die Aserbaidtschan-Connection der CDU

Die frühere Sowjetrepublik Aserbaidtschan hat ein massives Imageproblem: Um Pressefreiheit und freie Wahlen ist es schlecht bestellt, die Opposition wird unterdrückt. Das Land steht fast vollständig unter Kontrolle der Familie des Präsidenten Ilham Aliyew. Dessen Lösung: die sogenannte Kaviar-Diplomatie. Seit Jahren werden westeuropäische Politiker massiv mit Geschenken und Geldspenden bestochen.

Im Fokus der deutschen Ermittlungen stehen seit über zehn Jahren immer wieder Politiker der CDU – auch der Thüringer Bundestagsabgeordnete Mark Hauptmann, der jüngst über die »Maskenaffäre« stolperte. So nahm Hauptmann bereitwillig einen der zahlreichen von Aliyew in den Bundestag eingeschleusten Praktikanten auf. Zudem war er an der Vermittlung geschäftlicher Kontakte mit dem ba-

den-württembergischen CDU-Abgeordneten Thomas Bareiß beteiligt, der den Verkauf von Beatmungsgeräten an den Diktator organisieren wollte. Um die Pflege des demokratischen Images kümmerte sich die CDU-Abgeordnete Karin Strenz aus Mecklenburg-Vorpommern: Unter anderem versicherte sie in ihrer Funktion als Wahlbeobachterin der OSZE-Kontrollkommission in Aserbaidtschan,

bei den Wahlen sei alles ordnungsgemäß verlaufen. Strenz verstarb nach Bekanntwerden ihrer Verwicklungen in die »Aserbaidtschan-Connection« unlängst bei der Rückkehr aus dem Urlaub. Geschenke erhalten die Freundschaft, sagt man, und Aserbaidtschan ist reich an Öl. Da waren einige CDU-Abgeordnete sehr geneigt, bei demokratischen Schwächen ein Auge zuzudrücken.

Den Opfern des Mauerbaus

Anlässlich des 60. Jahrestages der Errichtung der Berliner Mauer hat die AfD-Fraktion die Landesregierung aufgefordert, in einem offiziellen Akt der Opfer von Mauer und Stacheldraht zu gedenken. »Allein das Grenzregime an der Berliner Mauer forderte zwischen 1961 und 1989 mindestens 140 Todesopfer«, erinnert **Corinna Herold**, die Sprecherin für DDR-Unrecht der AfD-Landtagsfraktion. »Insgesamt kosteten Selbstschussanlagen und Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze weit über 600 Menschen das Leben. Angesichts einer Gegenwart, in der die politische Opposition zunehmend diffamiert und Menschen wieder auf staatliche Anordnung weggesperrt werden, darf die Geschichte des DDR-Unrechtsregimes und seiner eingesperrten Bürger nicht in Vergessenheit geraten!«

Volksentscheid gegen Corona-Willkür

Mittels einer abstrakten Normenkontrollklage forderte die AfD-Landtagsfraktion die Überprüfung der Corona-Verordnung vom 31. Oktober 2020, um deren Unvereinbarkeit mit der Thüringer Verfassung feststellen zu lassen und das Versagen der Landesregierung zu entlarven. »Die umfassendsten Grundrechtseinschränkungen in der Geschichte der Bundesrepublik, die eine Schneise der Verwüstung durch unsere Wirtschaft und die Seelen unserer Kinder geschlagen haben, sind unverhältnismäßig«, betonte AfD-Fraktionsvorsitzender **Björn Höcke**. »Ich hoffe, dass das höchste thüringische Gericht den Mut hat, die November-Verordnung zu kippen und damit das Ende des Corona-Extremismus einzuleiten.« Darüber hinaus kündigte Björn Höcke die Initiative zu einem Volksentscheid gegen die Corona-Politik an: »Damit wird unterbunden, dass die Landesregierung zukünftig völlig willkürlich unsere Grund- und Freiheitsrechte außer Kraft setzen und die Wirtschaft schädigen kann.«



Informationen zu unseren Initiativen gegen den »Lockdown«
<https://afd-thl.de/corona>

Stromdiät mit schweren Nebenwirkungen



Eine über Jahrzehnte bewährte, preiswerte und zuverlässige Energieversorgung komplett zertrümmern und das Land auf eine Diät aus Wind und Sonne setzen – das nennen die Altparteien »Energiewende«. Das Ergebnis belegt die Stromrechnung: Im Jahr 2000 bezahlte ein privater Stromkunde in Deutschland 13,94 Cent pro Kilowattstunde; 2020 wurden dafür bereits stattliche 30,88 Cent fällig. Der Rechnungsbetrag hat sich mehr als verdoppelt – eine schwere Last für Familien und Gewerbe.

Dass es auch anders geht, zeigen unsere Nachbarländer: Ein Franzose zahlte 2020 pro kWh 17,65 Cent, ein Pole sogar nur 13,43 Cent – weniger als die Hälfte im Vergleich zum Deutschen. Es liegt also am deutschen Sonderweg, an der verpfuschten Energiewende.

Was macht den Strom in Deutschland so teuer? Es ist der fanatische politische Wille der Regierungsparteien, das Industrieland Deutschland auf Stromdiät zu setzen. Leistungsfähige Kohle- und Kernkraftwerke werden abgeschaltet, das Land dafür mit Windrädern und Solarflächen überzogen. Doch der Strom aus Wind und Sonne ist viel teurer – deshalb ist der Strompreis auf die genannten 30,88 Cent explodiert. Die Profiteure der Wind- und Solarbranche reiben sich die Hände.

Wind und Sonne sind flüchtig, bei Dunkelheit und Flaute fehlt Strom. Dann kaufen wir Atom- und Kohlestrom, den wir einst selbst hergestellt haben, aus Nachbarländern. Die lassen sich diese Nothilfe fürstlich bezahlen – siehe Stromrechnung.

Der Wind weht vor allem im flachen Norden, die großen Stromverbraucher sitzen im Süden. Gewaltige Hochspannungsleitungen sollen den Strom quer durch unser Land leiten. Zwei dieser Monstertrassen, »SuedLink« und »SuedOstLink«, sollen Teile Thüringens durchschneiden. Die beiden Trassen kosten einen zweistelligen Milliardenbetrag – der sich ebenfalls auf die Stromrechnung niederschlägt.

Währenddessen bauen Länder wie China und Indien massiv Kohle- und Kernkraftwerke. Die deutsche Stromdiät verpufft und schadet unserer Wirtschaft. Deshalb setzt sich die AfD für eine Neuausrichtung der Energiepolitik, für eine zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Stromversorgung ein.

Prof. Dr. Michael Kaufmann



Mit der Ideologie »Wald vor Wild« versucht die rot-rot-grüne Thüringer Landesregierung, unser Rehwild mehr und mehr zum Forstschädling zu degradieren. Davon zeugt nicht zuletzt die geplante Ausweitung der Jagdzeit auf Rehwild, die von **Nadine Hoffmann**,

der umweltpolitischen Sprecherin der AfD-Landtagsfraktion, scharf kritisiert wird: »Es ist ein Irrglaube, dass sich der Baumverbiss durch frühere Bejagung minimieren lässt. Vielmehr führt der frühere Jagddruck zu mehr Baumschäden, da die Reserven des Wildes nach

dem Winter verbraucht sind und es sich in keiner guten körperlichen Konstitution befindet.« Die Schonzeit ab April aufzuheben, wie es der Entwurf vorsieht, bedeutet auch, dass die Jagd zu einer Zeit stattfindet, in der trüchtige Tiere von Schmalrehen noch nicht so gut unterschieden werden können. Besonders betroffene Schadflächen ließen sich hingegen lokal durch Einzelanordnungen auf Schonzeitaufhebung und durch eine intensivere Bejagung im Herbst schützen, was verschiedene Landkreise bereits ausüben.

»Nicht nachvollziehbar ist zudem, dass die Landesforstanstalt in einem Großteil ihrer Eigenjagdbezirke eine Jagdruhe während der Jagdzeit im Sommer und Herbst praktiziert, gleichzeitig jedoch die Schonzeitverkürzung im wildsensiblen Frühjahr befürwortet«, ergänzt Nadine Hoffmann. »Die ablehnende, feindliche Einstellung der Fraktionen Linke, SPD und Grüne zum Rehwild verstößt nicht nur nach unserer Auffassung, sondern auch der vieler Biologen, Naturschützer und Jagdberechtigter gegen den Tierschutz und ist konsequent abzulehnen.«